

Peter Winzen (Hrsg.), Friedrich Wilhelm von Loebell. Erinnerungen an die ausgehende Kaiserzeit und politischer Schriftwechsel (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 75), Droste Verlag, Düsseldorf 2016, XLVIII + 1.255 S., geb., 89,00 €.

Über 1.200 Seiten, 686 edierte (und reichlich kommentierte) Briefe, dazu die Memoiren der hier dargestellten Person – wer diesen Brocken vor sich hat, der ermisst, dass hier eine über 30-jährige Arbeit buchgeworden ist. Dem Herausgeber Peter Winzen geht es darum, mit Friedrich Wilhelm von Loebell einen in seiner Bedeutung bislang nicht recht gewürdigten Akteur des Deutschen Kaiserreichs zu Wort kommen zu lassen und seine Worte zu wägen. Mit Loebells Lebenserinnerungen und Korrespondenz hat Winzen Quellen kenntnisreich erschlossen, die dem Leser eine Innenansicht der wilhelminischen Führungselite gestatten. Dies gilt vor allem für die Jahre 1904 bis 1909 bzw. 1914 bis 1917, in denen Loebell als Chef der Reichskanzlei und preußischer Innenminister tatsächlich, wie Winzen schreibt, »an den Stellschrauben der spätwilhelminischen Geschichte entscheidend gedreht hat« (S. XV). Wer uns in der Person Loebells entgegentritt, ist, wenn man so will, der kaisertreue Konservative in Reinform. So sieht er auf den die Edition begleitenden Fotos auch aus. Ob Loebell aber – und hier wird die Person interessant – tatsächlich *nur* ein bärbeißiger Verharrer oder nicht doch ein lernfähiger Konservativer gewesen ist, der die eigenen Anschauungen geänderten Rahmenbedingungen maßvoll anzupassen verstand, ist diskussionswürdig. Vor allem seine Haltung zur preußischen Wahlrechtsfrage – von strikter Ablehnung jeder Reform über die Anregung eines Plural- bis hin zur Anerkennung des Reichstagswahlrechts – und gegenüber der SPD könnte die zweite Deutung nahelegen. Dass eine solche Aufweichung einst unverhandelbarer Positionen erst unter dem innenpolitischen Druck des Ersten Weltkriegs zustande kam, steht hierbei auf einem anderen Blatt.

1898 war Loebell, der damals 43-jährige Landrat im Kreis Westhavelland, für die deutschkonservative Partei in den Reichstag gewählt worden, wo er mit scharfen Reden gegen die »staatszersetzende« Sozialdemokratie Aufmerksamkeit errang. 1900 musste er sein Mandat aufgeben, da Wahlmanipulationen und Unregelmäßigkeiten ruchbar geworden waren. Der Wahlkreis fiel an die SPD zurück. Loebells Erbitterung saß tief. Er wechselte als Abgeordneter in den Preußischen Landtag (wo sozialdemokratische Konkurrenz nicht zu befürchten war) und gehörte 1904 zu den Gründungsmitgliedern des »Reichsverbands gegen die Sozialdemokratie«, dessen erster Vorsitzender er wurde. Loebell war ein glühender Anhänger Bismarcks und sollte engster Vertrauter Bernhard von Bülow's werden, den er als legitimen Erben des »Eisernen Kanzlers« betrachtete. 1904 holte ihn Bülow, der »Platz-an-der-Sonne«-Kanzler, zu sich in die Reichskanzlei. Hier begann eine Partnerschaft, die über Tagesgeschäft und Dienstbesprechungen weit hinausging und die erst mit Bülow's Tod 1929 endete. Loebell wurde zu einem Eckpfeiler der bülow'schen außenpolitischen Agenda: Deutschlands Hauptkonkurrenten England durch forcierten Flottenbau in Schach halten, das enge Bündnis mit dem wesensverwandten Russland suchen, schließlich den Weltmachtstatus des Deutschen Reichs erringen und halten.

Im Innern ging es um die Aufrechterhaltung des Respekts vor Staat und Thron: Die Kolonialskandale, die der »gewerbsmäßige Hintertreppenschleicher, Ehrabschneider und Verleumder Erzberger« (so Fürst Bülow an seinen Vertrauten Loebell am 2. Juli 1906, S. 354) im Reichstag aufdeckte; der Eulenburg-Prozess, der homosexuelle Ausschweifungen im engsten Umfeld des Kaisers öffentlich machte (und auch dem Kanzler unterstellte); die Agitation der SPD gegen die Rüstungsspirale – all das konnte nur als störend empfunden werden. Loebell bewährte sich als Krisenmanager und – nach den erfolgreich bestandenen »Hottentottenwahlen« von 1907 – als Architekt des sogenannten Bülow-Blocks, der von den Konservativen bis zu den Linksliberalen reichte, der damals schon als eine »Paarung von Karpfen und Kaninchen« verspottet worden war¹ und den Otto Reutter mit dem Reimpaar »ein bißchen »von«

¹ Vgl. *Wilhelm Keil*, Erinnerungen eines Sozialdemokraten, Bd. 1, Stuttgart 1947, S. 254.

[...] ein bißchen Cohn« parodierte.² Dass es ausgerechnet die konservativen Blockpartner waren, die Bülow's Sturz durch Ablehnung der Erbschaftssteuer besiegelten, blieb eine offene Wunde in Loebell's politischer Biografie. In seinen Memoiren bezeichnet er das Vorgehen der Konservativen denn auch euphemistisch als »höchst unklug und wenig weitsichtig« (S. 134). Einerseits sollte ihn Bülow's Sturz der deutschkonservativen Partei, die ihn großgemacht hatte, dauerhaft entfremden; andererseits be-stärkte er ihn in seiner (im Kern konservativen) Skepsis gegenüber dem Parteienwesen allgemein. Er reichte seinen Abschied ein und wurde Oberpräsident von Brandenburg.

Bülow selbst litt unter dem Zerwürfnis mit dem Kaiser, das seit der Daily-Telegraph-Affäre ein öffentli-ches Geheimnis war, und es war Loebell, der für Bülow's verletzte Ehre in die Bresche sprang und dem dieser sein Herz ausschüttete: »Es ist tief traurig, dass S[eine] M[ajestät] einen Diener, der ihm so viele Jahre mit Anspannung aller Kräfte, in immer gleicher Hingebung, in schwierigsten Verhältnissen und stürmischen Zeiten treu gedient hat, der ihm in der äußeren wie in der inneren Politik so viel erkämpft hat [...], der so vornehm abgegangen ist und S[eine] M[ajestät] in so guter und fester Position lässt – so lohnt.« (Bülow über sich selbst, 11. August 1909, S. 744). Bülow's Nachfolger als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident, Theobald von Bethmann Hollweg, den »Philosophen von Hohenfinow«, hatte Loebell übrigens selbst ins Gespräch gebracht, und mit ihm sollte er zu tun haben, als er im April 1914 das Amt des preußischen Innenministers übernahm. Einen ersten Sprung bekam das Verhältnis bereits kurz nach Kriegsausbruch im August 1914, als der Reichskanzler den deutschen Einmarsch in das neutrale Belgien als ein »Unrecht« bezeichnet hatte. Ein wirklicher Staatsmann hätte sich für einen staatsnotwendigen militärischen Akt niemals entschuldigt, und an Staatsmännern von Bülow's Größe, so Loebell in seinen Memoiren, hätte es bei Kriegsausbruch an den entscheidenden Stellen gefehlt.

Loebell blieb, zumindest in den ersten drei Kriegsjahren, ein »optimistischer Haudegen« (S. 1192), der Polen und Belgien aufteilen wollte und gegen weitreichende Annexionen keine übermächtigen Be-denken ins Feld führte. Die Proklamation eines unabhängigen Polen vom 5. November 1916 wurde von ihm folgerichtig ebenso verurteilt, wie er die Anordnung des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs vom 1. Februar 1917 begrüßte: »Nun wird reine Bahn geschaffen, und der Anfang vom Ende be-ginnt«, schrieb er euphorisch an General Ludendorff, dem er bei dieser Gelegenheit auch das neueste Exemplar der »Sozialistischen Monatshefte« übersandte (S. 995f.). Überhaupt war er von der Haltung der SPD freudig überrascht: »Der Krieg hat das Volk reif gemacht und Stimmungen hervorgerufen, an die man noch vor Jahresfrist nicht glauben konnte. Reden wie die von Scheidemann, Heine, Haenisch, Fendrich, voller Nationalgefühl, fest und klug, hätte man nicht für möglich gehalten« (Loebell an Bülow, 22. März 1915, S. 893). Das bedeutete freilich nicht, dass Bethmann Hollweg's Pläne, bereits während des Kriegs das gleiche Wahlrecht in Preußen einzuführen und die Opferfreudigkeit des Volks dadurch zu kompensieren, in ihm einen Unterstützer gefunden hätten. Im Gegenteil: Für ihn bedeute-ten sie »die vollkommene Radikalisierung Preußens, seine Auslieferung an die Sozialdemokratie, die Mediatisierung der Krone«. Der Kanzler, »der sich *nur* von idealen Staats- und Menschauffassungen leiten lässt«, sei längst in Abhängigkeit der parlamentarischen Linken geraten und müsse in seinem Reformeifer ausgebremst werden (S. 1.016f.).

Im Juli 1917 arrangierte Loebell, so Winzen, eine »Ministerrevolte gegen den Kanzler, die mit Hilfe der OHL und des Kronprinzen zum Erfolg führte«: dem lang ersehnten Sturz des ungeliebten, zaudernden und viel zu weichen Bethmann Hollweg. Loebell's Rolle sei von der Forschung bislang vollständig aus-geblendet worden, bemängelt Winzen, wodurch sich »ein schiefes Gesamtbild der Julikrise von 1917« ergeben habe (S. 1.217). Loebell's Herzenswunsch, Bülow, den Vorgänger, als Nachfolger Bethmann Hollweg's installiert zu sehen, erfüllte sich allen Bemühungen zum Trotz nicht. Niederlage und Revolution erlebte er als Oberpräsident von Brandenburg, bevor er im Frühjahr 1919 auch dieses Amt niederlegte. (Im Herbst 1918 war er, der ehemalige »Sozialistenfresser«, noch für ein Koalitionsministerium unter Einschluss der Mehrheitssozialdemokratie eingetreten, da er hierin den einzigen Weg der Revolutions-vermeidung erblickte. Mit den preußischen Revolutionsministern Wolfgang Heine, Paul Hirsch und Albert Südekum scheint er übrigens auf sehr gutem Fuß gestanden zu haben.) 1920 wurde Loebell Vorsitzender des politisch bedeutungslosen »Reichsbürgerrates«, beteiligte sich 1925 an der Kampagne zur Wahl Hindenburg's zum Reichspräsidenten, blieb in engem (Brief-)Kontakt mit dem Fürsten Bülow

² Otto Reutters Couplet »Herr Block aus dem Reichstage« war damals in aller Munde.

in Rom, schrieb seine nun ediert vorliegenden Memoiren und starb zwei Jahre nach Bülow im November 1931. Die durch Winzen vorgelegte Quellensammlung ist ein reichhaltiger Fundus für jeden, der zur Innen- und Außenpolitik des Deutschen Kaiserreichs forscht, und muss in die Diskussionen um Reformfähigkeit oder -unfähigkeit des wilhelminischen Staats einbezogen werden. Eine Fleißarbeit sondergleichen. Und eine Leistung.

Max Bloch, Köln

Zitierempfehlung:

Max Bloch: Rezension von: Peter Winzen (Hrsg.), Friedrich Wilhelm von Loebell. Erinnerungen an die ausgehende Kaiserzeit und politischer Schriftwechsel (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 75), Droste Verlag, Düsseldorf 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81803>> [28.2.2017].